

Ergebnisse und Materialien

Ausgabe Nr. 18, erscheint online am 8. Juni 2023 sowie als Beilage zu den Politischen Berichten Nr. 3/2023

Herausgegeben vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation c/o Jörg Detjen, Marienstr. 32, 50825 Köln, (E.i.S.), Redaktion Christoph Cornides (V.i.S.d.P), Eva Detscher

Dokumentation zur Jahrestagung des Vereins für Politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation am 15./16. April 2023 in Mannheim

Protokoll der Jahrestagung des Vereins Politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation am 15.4.23 bis 16.4.2023 in Mannheim* 1	Bereiche Aktionen, Initiativen / Regionales, Kommunales/ Gewerkschaftliches, Soziales 6
Dok: Tagesordnung wie eingeladen 1	Dazu tabellarisches Verzeichnis der Projekte 6-7
Publikations- und Dokumentationsmöglichkeiten im Arbeitszusammenhang unseres Vereins 3	Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation, Kassenbericht 2022 und Plan 2023 8
Zur Gliederung der Politischen Berichte, Begründung und Antrag 3	Bericht über die Prüfung der Vereinsfinanzen für das Jahr 2022 9
Blick auf die Medien/Aktuelles aus Politik und Wirtschaft 4	Diskussion mit Lutz Brangsch und „Update Russland“ 10
Projekt Kalenderblätter 4	Thema „Rüstungskontrolle – Rüstungsbegrenzung – Abrüstung“ – Diskussion mit Paul Schäfer 11
Redaktionsbereich „Europa“ 4	
Wegemarken/Kalenderblätter, tabellarische Verzeichnis 5	

Protokoll der Jahrestagung des Vereins Politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation am 15.4.23 bis 16.4.2023 in Mannheim*

Die Jahrestagung des Vereins wurde hybrid durchgeführt. Online-Teilnehmende konnten an Diskussionen und Abstimmungen teilnehmen.

Samstag, 15.4.23

In Mannheim anwesend: 21 Vereinsmitglieder / per Live-Stream beteiligt: 7 Vereinsmitglieder.
Der Referent Lutz Brangsch, Dr., Dipl. Oec., konnte sich erst ab 16.30 Uhr zuschalten. Deshalb wurde der Punkt 2 vorgezogen.*

2. Vereinsangelegenheiten, 13 Uhr bis 16 Uhr:

2.1 Politische Berichte, Redaktionsberichte

2.1.1 Ein Bericht zu den vielfältigen *Publikations- und Dokumentationsmöglichkeiten* von Martin Fochler lag schriftlich vor. Als eine Schlussfolgerung ergab sich: „Die Publikationsmöglichkeiten sind für die Aktivitäten des Vereins ausreichend. Die finanziellen, technischen und personellen Mittel zur Fortführung 2023 / 2024 sind gegeben.“

2.1.2 In einem schriftlichen Bericht zur *Gliederung der politischen Berichte* begründet Martin Fochler die Notwendigkeit, die Gliederung der Politischen Berichte um den Abschnitt „Globale Debatten – UN-Initiativen“ zu erweitern. Der Bericht wird ausführlich diskutiert.

Der entsprechende Antrag zur Gliederung der Politischen Berichte wird einstimmig angenommen.

In dieser Funktion kann das Beilagenwesen nützlich sein. Es

bietet die Möglichkeit, einen Problemkreis, „einzuführen“ und dabei auch Meinungen aus anderen Arbeitszusammenhängen aufzugreifen.

Aktuell im Arbeitsplan 2023/2024 stehen zwei Projekte zur Debatte.

A| In Zusammenarbeit mit der ArGe (siehe ArGe Rundschreiben <https://www.linkekritik.de/fileadmin/arge-d/2020-2024/2023-03-arge-rs-28.pdf>, S. 1): Globale Politik – Frieden – Rüstungsbegrenzung – Abrüstung. Globale Ansätze. Arbeit mit einschlägigen Dokumenten / Verträgen. Vorbereitung eines „Findbuches“ (Broschüre) mit Quellenangaben und knapper Charakterisierung des Dokuments. Die Arbeit an dieser Sammlung wird bereits jetzt begonnen. Für die ArGe-Tagung im August soll eine Rohfassung zur Diskussion vorliegen. | Koordination: Ulli Jäckel

B| Denkbar wäre auch eine Darstellung des pazifischen Raums als Feld von Problemen und Ansätzen emanzipativer Politik. Hier bestünden Möglichkeiten zur Zusammenarbeit mit Externen.

Über beide Projekte wird diskutiert und anschließend getrennt abgestimmt.

Beide werden einstimmig angenommen.

* Tagesordnung aus der Einladung:

Samstag, ab 13.30 Uhr. Einlass und Anmeldung

Samstag, 14 Uhr. Thema: **Wie reflektiert die russische Gesellschaft den Angriff auf die Ukraine?** Impulsreferat: **LUTZ BRANGSCH**, (Lutz Brangsch, Dr., Dipl. oec., Ökonom, wissenschaftlicher Referent im Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung. 1986–89 Promotion an der Akademie für Gesellschaftswissenschaften in Moskau. Letzte Veröffentlichung zum Thema „Wer hat die Macht in Russland“, Dez. 2022, <https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/wer-hat-die-macht-in-russland/>). Im Anschluss Diskussion

15.30 Uhr Pause

16 bis 18 Uhr Berichte aus der Arbeit der Redaktion und an

Projekten, darauffolgend die notwendigen Vereinsangelegenheiten (Wahlen, Finanzen).

Am **Sonntag, 9 bis 12 Uhr**, wollen wir die im letzten Jahr begonnene Diskussion fortsetzen und fragen, ob die Linke – europaweit und international Initiativen unter den Stichworten **„Rüstungskontrolle – Rüstungsbegrenzung – Abrüstung“** befördern kann. Welche Möglichkeit besteht zur Wiederbelebung der entsprechenden globalen Ansätze? Zur Einleitung der Diskussion hören wir **PAUL SCHÄFER**. (Von 2005 bis 2013 war Paul Schäfer Mitglied des Deutschen Bundestages, Obmann der Linksfraktion im Verteidigungsausschuss sowie ihr verteidigungs- und abrüstungspolitischer Sprecher. Neueste Veröffentlichungen <https://www.paulschaefer.info/>)

An weiteren schriftlichen Berichten lagen vor:

2.1.3 Redaktionsbericht Blick auf die Medien / Aktuelles aus Politik und Wirtschaft

2.1.4 Redaktionsbericht Europa

2.1.5 Redaktionsbericht Aktionen, Initiativen / ... wir berichten / Regionales, Kommunales/

Gewerkschaften / Soziales (Eine tabellarische Auflistung)

2.1.6 Redaktionsbericht Kalenderblätter

2.1.7 Aktionen, Initiativen

2.1.8 Regionales, Kommunales

2.1.9 Gewerkschaftliches, Soziales

2.1.10 Redaktionsbericht Rechte Provokationen – demokratische Antworten – Zeitraum 3/2022 bis 2/2023

2.2 Bericht des Vorstands. Kassenbericht

2.2.1 Bericht des Vorstands:

Brigitte Wolf berichtet für den Vorstand, dass die Auflösung des GNN-Verlages erfolgreich abgeschlossen ist und dass die GmbH inzwischen aus dem Handelsregister gelöscht sei.

2.2.2 Einnahmen-Überschussrechnung mit Plan-Ist für 2022 und Einnahmen-Überschussrechnung mit Plan-Ist für 2023

Alfred erläutert die Berichte und erklärt, dass die eingeplanten 500 € für die Löschung der GmbH nicht erhoben werden und somit eingespart werden.

Die finanziellen Mittel reichen aus, um die für das nächste Jahr geplanten Aktivitäten zu finanzieren.

2.2.3 Der Bericht über die Prüfung der Vereinsfinanzen für das Jahr 2022 von Harald Gindra und Bruno Rocker lag vor.

2.2.4 Anträge:

1. Die Mitgliederversammlung billigt den Kassenbericht für das Jahr 2022 und beschließt entsprechend dem Votum der Finanzprüfung die Entlastung des Vorstands.

2. Die Mitgliederversammlung beschließt den Finanzplan für das Jahr 2023.

Beide Anträge werden einstimmig beschlossen.

2.3 Wahlen (Präsidium, Vorstand, Kassenprüfung)

PRÄSIDIUM

Ohne Gegenstimme und Enthaltung werden für das Präsidium Brigitte Wolf, Christoph Cornides, Barbara Burkhardt und Claus Udo Monica von den Vereinsmitgliedern wiedergewählt. Die Gewählten erklären die Annahme ihrer Präsidiumstätigkeit.

VORSTAND UND WEITERE VORSTANDSMITGLIEDER

Ohne Gegenstimme und Enthaltung werden für den Vorstand Brigitte Wolf (Sprecherin), Christoph Cornides (Sprecher) und Alfred Küstler (Schatzmeister) von den Vereinsmitgliedern wiedergewählt. Die Gewählten erklären die Annahme ihrer Vorstandstätigkeit.

Ohne Gegenstimme und Enthaltung werden als weitere Vorstandsmitglieder Jörg Detjen, Eva Detscher, Martin Fochler, Rolf Gehring, Thorsten Jannoff, Karl-Helmut Lechner, Michael Ohse, Rosemarie Steffens, Christiane Schneider von den Vereinsmitgliedern gewählt. Die Gewählten erklären die Annahme ihrer Vorstandstätigkeit.

KASSENPRÜFUNG

Ohne Gegenstimme und Enthaltung werden Matthias Paykowski und Bruno Rocker als Kassenprüfer von den Vereinsmitgliedern gewählt. Die Gewählten erklären die Annahme ihrer Kassenprüfungstätigkeit.

2.4 Beauftragungen Herausgeberschaft und Redaktion

2.4.1 HERAUSGEBERKREIS POLITISCHE BERICHTE

Mit der Herausgabe der Politischen Berichte werden beauftragt: Edith Bergmann, Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Karl-Helmut Lechner, Claus Udo Monica, Christiane Schneider und Brigitte Wolf. Die Vereinsmitglieder stimmen dieser Beauftragung ohne Gegenstimmen und Enthaltung zu.

2.4.2 REDAKTION POLITISCHE BERICHTE

Als Mitglieder der Redaktion Politische Berichte werden bestätigt: Für „Blick in die Medien / Aktuelles aus Politik und Wirtschaft“: Alfred Küstler (verantwortlich), Christoph Cornides. Für „Europa“: Rolf Gehring (verantwortlich), Eva Detscher, Thilo Janssen. Für „Aktionen – Initiativen / Wir berichteten / Aus Kommunen und Ländern / Kommunale Initiativen / Gewerkschaftliches, Soziales“: Thorsten Jannoff (verantwortlich), Jörg Detjen, Horst-Ullrich Jäckel, Bruno Rocker, Johann Witte. Für „Rechte Provokationen – demokratische Antworten“: Rosemarie Steffens (verantwortlich), Christiane Schneider. Für „Ankündigungen, Diskussion, Dokumentation“: Martin Fochler (verantwortlich). Für „Kalenderblatt“: Eva Detscher (verantwortlich), Rolf Gehring. Für „Titel und letzte Seite (Lektürehinweise / Empfehlungen / Leseproben)“: Alfred Küstler (verantwortlich), Martin Fochler. Für „Beilagenmanagement“: Eva Detscher. Für „Internet und Archiv“: Barbara Burkhardt.

Für den neu beschlossenen Abschnitt „Globale Debatten – UN-Initiativen“ wird Ulli Jaekel beauftragt.

Die Vereinsmitglieder stimmen dieser Bestätigung und Beauftragung ohne Gegenstimmen und Enthaltung zu.

1. Tagungsthema und Diskussion: 16.30 Uhr bis 18Uhr:

Impulsreferat: Lutz Brangsch, (Lutz Brangsch, Dr., Dipl. oec., Ökonom, wissenschaftlicher Referent im Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung. 1986–89 Promotion an der Akademie für Gesellschaftswissenschaften in Moskau. Letzte Veröffentlichung zum Thema „Wer hat die Macht in Russland“, Dez. 2022, <https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/wer-hat-die-macht-in-russland/>).

Lutz Brangsch beantwortete nach dem Vortrag viele Fragen zum Stimmungsbild in der russischen Gesellschaft und gab so Anregungen zur weiteren Beschäftigung damit.

Sonntag, 16.4.23

In Mannheim anwesend: 20 Vereinsmitglieder / per Live-Stream beteiligt: 6 Vereinsmitglieder

3. Tagungsthema und Diskussion: 9 Uhr bis 12 Uhr:

Wir setzen die im letzten Jahr begonnene Diskussion fort und fragen, ob die Linke – europaweit und international – Initiativen unter den Stichworten Rüstungskontrolle – Rüstungsbegrenzung – Abrüstung befördern kann. Welche Möglichkeit besteht zur Wiederbelebung der entsprechenden globalen Ansätze? Zur Einleitung der Diskussion hörten wir Paul Schäfer. (Von 2005 bis 2013 war Paul Schäfer Mitglied des Deutschen Bundestags, Obmann der Linksfraktion im Verteidigungsausschuss sowie ihr verteidigungs- und abrüstungspolitischer Sprecher. Neueste Veröffentlichungen <https://www.paulschaefer.info/>)

Nach einer spannenden Diskussion mit Paul Schäfer und anschließender Beratung der Vereinsmitglieder wurden folgende **Pläne für Veröffentlichungen** gefasst:

1. Dokumentation der Stellungnahmen der Linken aus der Demokratischen Partei zum Ukrainekrieg (möglicherweise als Dokumentenheft).
2. Schriftliche Fragen an Lutz Brangsch zum Stimmungsbild in Russland.
3. Stellungnahmen aus der ukrainischen Linken.
4. Stellungnahmen der europäischen Linken.
5. In Diskussion mit der Rosa Luxemburg Stiftung: „Was ist Internationalismus heute?“

Protokoll: Claus Udo Monica

Redaktionsberichte

Publikations- und Dokumentationsmöglichkeiten

Politische Berichte – Zeitschrift für linke Politik

Seit 2020 erscheinen pro Jahr 6 Ausgaben im Umfang 32 Seiten, Format DIN A4.

Beilagen (In Klammern Seitenumfang):

4 Ausgaben Ergebnisse u. Materialien: Nr. 14 (20), 15 (16), 16 (24), 17 (20)

5 Ausgaben ArGe Rundschreiben: 24 (20), 25 (8), 26 (12), 27 (16), 28 (24)

3 Ausgaben Tagungsberichte Sprockhövel

Bereits 2018 erschien das **Themenheft** „Religionsfreiheit und Linke Politik“ (16)

Online-Archiv <https://www.linkekritik.de/> de. Zur Archivierung / Katalogisierung der Publikationen / Beiträge steht unser Online-Archiv zur Verfügung

Zur **Projektierung** nutzen wir Microsoft-Onedrive-Seiten.

Zur Verbreitung des **Print-Mediums PB** besteht eine Abo-Verwaltung, für den Postversand nehmen wir Dienstleistungen in Anspruch.

Die **Online-Ausgabe der PB** wird über einen Mailverteiler verbreitet.

Diese Publikationsmöglichkeiten sind für die Aktivitäten des Vereins ausreichend. Die finanziellen, technischen und personellen Mittel zur Fortführung 2023/2024 sind gegeben.

Wir können uns somit auf die Diskussion von Schwerpunkten und Koordination von Arbeitsvorhaben konzentrieren.

Zur Entstehung und Begründung der jetzt vorliegenden Publikationsstruktur hier ein kurzer Blick auf die Themen der Jahreshauptversammlungen.

2019 Juni: Die Linke steht im Kampf um Demokratie. Für welche Demokratie tritt sie ein?

2021 Juni: Die Pandemie als Test für internationale Einrichtungen, EU und staatliche Versorgungseinrichtungen.

2021 Oktober: Entwicklungen Chinas, Aktionen, Reaktionen.

2022 März: Generalversammlung der UNO, 11. Notstandssondertagung, Aggression gegen die Ukraine, Beschluss und Darstellung der Debattenbeiträge.

2022 Juni: Thema 1: Realistische und wirksame Kritik an Ausrüstung (Gast Paul Schäfer).

Thema 2: Verteidigung und Ausbau der Bürger-, Menschen- und sozialen Rechte der Lohnabhängigen – auf welche internationalen Konventionen, Forderungen und überstaatlichen Vereinbarungen kann sich linke Kritik in der Auseinandersetzung stützen?

Downloadliste – 2-Fenster-Darstellung: (geeignet für größere Bildschirme): <https://www.linkekritik.de/index.php?id=5289>

Gliederung der Politischen Berichte, Stand 2023

Zur Einleitung der Diskussion

Die Herausbildung von Potential in der Wählerschaft der BRD und zur Festigung einer linken Partei im Parteiensystem wurde in den Jahrzehnten seit Gründung der PDS wesentlich von Kritiken am vorgefundenen sozialen System getragen.

Mit den Wahlerfolgen wurde es möglich, solche Kritiken in den Institutionen vorzutragen, was zur Entwicklung konkreter Alternativen drängt.

In unserer Zeitschrift schlägt sich dieser Vorgang so nieder, dass Beispiele gelingender Reformen an Bedeutung gewinnen.

In der Theoriebildung der linken Debatte setzt sich der Bewertungsmaßstab „emanzipativ“ durch, der es erlaubt, erweiterte Möglichkeiten der Lebensgestaltung im Hier-und-Jetzt mit der Hoffnung auf eine nicht näher beschriebene Transformation des sozialen Systems zu verknüpfen.

In der Rückschau lässt sich sehen, dass die linke Kritik nicht erkannte oder anerkannte, dass eine Politik des Kampfes um

einzelne Reformen das Vorhandensein eines institutionellen Rahmens voraussetzt, der erzielten Verbesserungen Stabilität bietet.

Dies wurde zum praktischen Problem, als sich in Polemik gegen die Architektur der zwischenstaatlichen Beziehungen nationalistische und autoritäre Strömungen bildeten, die nach dem Muster X-, Y-, Z-, „zuerst“ Problemlösung auf Kosten anderer anstreben und zu einer relevanten Kraft in der Gesellschaft und im Parteiensystem geworden sind. Diese Politik ist mit der Norm allgemein formulierter Menschen- und Bürgerrechte sowie sozialer Standards nicht vereinbar. Sie wendet sich gegen die Geltung internationaler Konventionen und gegen die Rechtsgleichheit im beherrschten Gebiet.

Verteidigung und Ausbau der Menschen- und Bürgerrechte sowie der sozialen Standards ist tradiertes Moment linker Politik. Sie kommt damit in die Lage, den Gesamtkomplex, in dem solche Erfolge eingebaut sind, gegen Umsturzpläne und Destruktion zu verteidigen. In der institutionalisierten Politik führt das zu Mitte-Links-Bündnissen. Die Alternative dazu ist die Querfront.

In diesen Klärungsprozess ist auch unsere kleine Vereinigung verwickelt. Vor diesem Hintergrund ist die oben schon angesprochene Verschiebung der Stoßrichtung vieler Beiträge in den PB zu verstehen. Es geht erkennbar darum auszuloten, was im vorgefundenen Institutionsrahmen möglich ist und wie es zu erreichen wäre.

Mit diesem Interesse ändern sich auch die Beurteilungskriterien. Linke Politik wird als Fachpolitik interessant, die Entwicklung von Alternativen die sich in der Öffentlichkeit als angemessene Handhabung öffentlicher Anliegen vertreten lassen.

Es ist immer noch erfreulich, wenn die politische Kritik Aufmerksamkeit weckt und Engagements ermutigt, sie muss aber auch auf Ergebnisse gerichtet sein und über die Jahre hin Ergebnisse vorweisen können.

Wenn man bedenkt, dass sich die Prozesse der Meinungsbildung in unendlich vielen Diskursen ereignen, im individuellen Nachdenken, im Meinungsaustausch in Schule, Arbeit, Studium, in Religionsgemeinschaften und anderen Vereinigungen des kulturellen Lebens, dann macht es auch für uns als kleine Vereinigung „für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation“ Sinn, die Ergebnisse von linker, d.h. von emanzipativen Motiven angetriebener Politik in den Institutionen zu beobachten, zu verstehen, zu beurteilen und in den Verarbeitungsstrom einzuspeisen, der zur politischen Willensbildung führt.

Gefordert sind dann aber Methoden, mit der Flut an Informationen zurechtzukommen, mit denen die politischen Institutionen ihr Handeln rechtfertigen. Unser Interesse ist es, Ansatzpunkte linker, emanzipativer Politik zu sehen, und das überfordert die einzelnen Mitwirkenden und fordert geordnete Zusammenarbeit.

Die Gliederung der Politischen Berichte und deren personelle Hintersetzung fixiert ein Beobachtungsraster, das es möglich machen sollte, relevante Ansätze linker Politik zu erkennen.

Anlässlich der Beurteilungsnot, die der unerwartete Angriff der Russische Föderation auf die Ukraine bloßgelegt hat, stellte sich heraus, dass dieses Manko am besten durch Kenntnisnahme der globalen Diskussion und in den globalen Institutionen bearbeitet werden kann.

Zeitlich parallel wurde eine Weiterentwicklung der IT-Informationssysteme allgemein verwendbar, die Rohübersetzungen von Stellungnahmen aus allen Ländern möglich macht.

So besteht jetzt die Möglichkeit, die globale Diskussion anhand der Öffentlichkeitsarbeit der UNO zu beobachten.

Ereignisse, die unter den Aspekten von Emanzipation, Menschenrechten, Frieden von Interesse sind, haben so gut wie immer einen Bezug zu Normen, die mit globalem Anspruch formuliert wurden, in Abkommen niedergelegt sind.

Herausgeber, Redaktion und Vereinsvorstand sind deswegen übereingekommen, einen Gliederungsabschnitt „Globale Debatten – UN-Initiativen“ provisorisch anzulegen und dieser MV

als festes Gliederungselement vorzuschlagen.

Der Bereich „Ankündigungen, Diskussion und Dokumentation“ wird gleichzeitig um die dazu im Durchschnitt nötigen zwei Seiten gekürzt.

Vorab ist schwer zu sagen, ob dies eine vorteilhafte Rahmung für die Kenntnisnahme globaler Ereignisse ist. Es soll aber darauf verwiesen werden, dass die UN als Institution eine Vereinigung von Staaten ist, aber zivilgesellschaftliche Organisationen zu Wort kommen lässt. Wenn wir diese Stimmen ernst nehmen, können wir einen Beitrag zu der offenen Frage leisten, was „Internationalismus“ politisch heißen könnte.

Die Möglichkeit staatenübergreifender Meinungs- und Willensbildung ist heute in noch nie da gewesenen Umfang gegeben.

Zurück zu den Politischen Berichten. Ein Beobachtungsraster bedeutet genaues Hinsehen, aber auch Ausblendungsprozesse. Wir müssen also auch Raum für die Bearbeitung von unerwarteten Ereignissen und nicht im Fokus liegenden Schauplätzen (geografisch wie kulturell) sicherstellen.

In diese Funktion kann das Beilagenwesen nützlich sein. Es bietet die Möglichkeit, einen Problembereich, „einzuführen“ und dabei auch Meinungen aus anderen Arbeitszusammenhängen aufzugreifen.

Aktuell im Arbeitsplan 2023/2024 stehen zwei Projekte zur Debatte.

A) In Zusammenarbeit mit der ArGe (siehe ArGe Rundschreiben <https://www.linkekritik.de/fileadmin/arge-d/2020-2024/2023-03-arge-rs-28.pdf>, S. 1): Globale Politik – Frieden – Rüstungsbegrenzung – Abrüstung. Globale Ansätze. Arbeit mit einschlägigen Dokumenten / Verträgen. Vorbereitung eines „Findbuches“ (Broschüre) mit Quellenangaben und knapper Charakterisierung des Dokuments. Die Arbeit an dieser Sammlung wird bereits jetzt begonnen. Für die ArGe-Tagung im August soll eine Rohfassung zur Diskussion vorliegen. Koordination: Ulli Jäckel.

B) Denkbar wäre auch eine Darstellung des pazifischen Raums als Feld von Problemen und Ansätzen emanzipativer Politik. Hier bestünden Möglichkeiten zur Zusammenarbeit mit Externen.

Antrag zur Gliederung der Politischen Berichte:

- S. 1 Inhaltsverzeichnis
- S. 2–3 Blick auf die Medien
- S. 4–7 Aktuell aus Politik und Wirtschaft
- S. 8–9 EU-Politik
- S. 10–11 Aktionen–Initiativen
- S. 12 ... wir berichteten
- S. 13–15 Aus Kommunen und Ländern
- S. 16–17 Kommunale Initiativen
- S. 18–19 Gewerkschaften/Soziale Bewegung
- S. 20–23 Rechte Provokationen – Demokratische Antworten
- S. 24–27 Ankündigungen, Diskussion, Dokumentation
- S. 28–29 Globale Debatten – UN-Initiativen
- S. 30–31 Kalenderblatt
- S. 32 Ankündigungen, Diskussion, Dokumentation

Martin Fochler

Redaktionsbereich Blick auf die Medien/ Aktuelles aus Politik und Wirtschaft

Themenschwerpunkt seit einem Jahr war der Aggressionskrieg Russlands gegen die Ukraine. Ein weiterer Schwerpunkt war die Entwicklung in einigen Ländern (vor allem West-)Europas, die Beobachtung autoritärer Tendenzen und Bericht über Gegenkräfte.

Auffällig ist, dass die deutsche Innenpolitik, soweit sie nicht mit dem Ukrainekrieg in Verbindung steht, mit Ausnahme eines Interviews zu Gründen für die Inflation nur in der Beobachtung von Wahlrends (mit Schwerpunkt Die Linke) auftaucht.

Themen Meldungen Blick auf die Medien (Seiten 2–3):

Innenpolitik: Landtagswahlen (NRW, Niedersachsen, Berlin, Bremen, insgesamt 6), Wahlrecht Bundestag, Iran-Solidarität).

Europa: Großbritannien/Nordirland (3), Frankreich Wahlen (2), Schweden Rechtsruck, Spanien Ärztestreik, Schweiz Volksabstimmung Frontex, EU, Diskriminierung.

Sonstiges: UNO-Weltraumnutzung, Pazifik Bergbau, USA Verfassung, Ankündigungen (2)

9 Autoren (alle Redaktion/Herausgeber), 2 Nachdrucke (RLS)

Themen Artikel Redaktionsabschnitt Aktuelles aus Politik und Wirtschaft (Seiten 4–7):

Ukraine-Krieg (9 Artikel, 2/22: 3, 3/22: 1, 4/22: 2, 5/22: 1, Nr. 6/22: 2).

Frankreich – Wahlen – Rentenreform (3 Artikel, 4/22, 1/23, 2/23) | Spanien – Linke Parteibildung (1/23, 2/23) | Großbritannien – Beziehungen zur EU (6/22, 1/23) | Italien Rechtsregierung (5/22) | Türkei – Syrien/Nato – Wahlen (4/2022, 2/2023)

Pazifik (2/22, 4/22)

Inflation (Nr. 5)

9 Autoren, davon 4 Redaktion/Herausgeber, 5 „feste“ Länderautoren, 1 Interview.

Alfred Küstler

Projekt „Kalenderblätter“

Im Juni 2016 haben wir begonnen, in jeder Ausgabe der Politischen Bericht ein Thema unter der Überschrift: Kalenderblatt / Wegemarken der sozialen Emanzipation zu erarbeiten und auch zu veröffentlichen. Die Liste der inzwischen 60 Doppelseiten liest sich nicht schlecht, (Tabelle auf der folgenden Seite) die Liste der Autoren ist u.E. beeindruckend.

Nicht nur die positive Rückmeldung für die in acht Sprachen veröffentlichte Broschüre (EFFBH), sondern auch immer wieder positive Rückmeldungen zu einzelnen Kalenderblättern lassen vermuten, dass wir hier einen gewissen Nerv getroffen haben: eine Geschichte der Emanzipation, die – das haben wir gelernt – immer mehrere Quellen hat, vor allem aber Aktivität von Betroffenen und Beteiligten, eine Zustimmung/Solidarität/Unterstützung durch die öffentliche Meinung in unterschiedlicher Ausprägung und schlussendlich eine Festigung des Erreichten in sozialer und institutionalisierter Praxis oder auch Gesetzesform.

Das Aufspüren der Zuneigung zum Thema in den nicht direkt involvierten Kreisen der Gesellschaft, die Widerspiegelung in kulturellen Sphären ist immer wieder eine Herausforderung, und wenn was gefunden wurde, eine spannende Sache.

Für die Fortführung schlagen wir vor, den Fokus auch auf Geschehnisse aus der Zivilgesellschaft zu erweitern, um den Blick zu öffnen, was sich da unter anderen länderspezifischen Umständen als emanzipatorisches Ziel, wofür es sich zu kämpfen lohnt, abspielt. Die Fragestellung könnte von uns als Beitrag für eine Linke in Europa verstanden werden, nicht Top-Down, sondern aus den zivilgesellschaftlichen, Landesgrenzen auch überschreitenden emanzipatorischen Bewegungen. Also beide Aspekte: länderspezifisch und länderübergreifend ins Visier nehmen, könnte vielleicht auch den Autorenkreis erweitern.

Eva Detscher und Rolf Gehring

Bericht zum Gliederungsteil Europa der Politischen Berichte

In den Ausgaben des Jahres 2022 und den ersten beiden Ausgaben für 2023 wurden die folgenden Beiträge in den Politischen Berichten veröffentlicht:

1/2022 Thilo Janssen: S. 8 Ohne Ergebnis – Seit fünf Jahren wird über die Modernisierung der EU-Koordinierung der Sozialsysteme verhandelt

Rolf Gehring: S. 9 Europäischer Rechtsrahmen für Mindestlöhne – hin zur staatlich begleiteten Tarifautonomie

Wegemarken / Kalenderblätter chronologisch

lfd. Nr.	Anschreiben zum Start des Projekts Kalenderblätter seit Juni 2016 (in der Reihenfolge des Erscheinens)	
1	Die schweizerische Bundesverfassung von 1848	
2	1840er-Jahre – Österreich: Auf leisen Sohlen kommt die Solidarität in die Welt	31
3	1973 – Irland: Aufhebung des Arbeitsverbots für verheiratete Frauen	32
4	1918 – Bayern: Frieden und Demokratie, Rätebewegung, Frauenwahlrecht und Koalitionsfreiheit	33
5	1868 – Österreich: Arbeiterbildungsvereine!	34
6	22. Dezember 2015 – Griechenland: Gesetz erlaubt gleichgeschlechtlichen Paaren zivilrechtliche Lebensgemeinschaft	35
7	12. Juni 1989 – Europäische Union: Kampf um Anerkennung – Das europäische Arbeitsschutzgesetz	36
8	5. September 1899 – Dänemark: Der September-Vergleich – Das Recht auf kollektive Vereinbarungen wird erstritten	37
9	3. September 1961 – Italien: Geburtsstunde der Prävention am Arbeitsplatz	38
10	29. September 1978 – Spanien: Die spanische Verfassung verankert das Recht auf Bildung	39
11	28. März 1882 – Frankreich: Loi Ferry: Das Gesetz über allgemeine Schulpflicht und Laizität	40
12	15. Juni 1958 – Dänemark: 1958: Die Reform der dänischen Volksschule – auf dem Weg zu einem einheitlichen Schulsystem	41
13	29. Juli 2000 – Europa: Loi Ferry: EU Antidiskriminierungsrichtlinien – Rechtsbeistand im Kampf gegen Diskriminierung	42
14	09. Oktober 1981 – Frankreich: Abschaffung der Todesstrafe in Frankreich	43
15	15. Juni 1977 – Spanien: Erste demokratische Wahl nach der Franco-Diktatur	44
16	29. August 1833 – Großbritannien: Das erste Gesetz gegen Kinderarbeit passiert das britische Parlament	45
17	9. April 1964 – England: Erste Wahlen zum Greater London Council	46
18	26. Februar 1920 – Österreich: Österreichs Arbeiterkammer – gegründet in der Ersten Republik	47
19	11. September 1848 – Frankreich: Frankreich 1848 – „Frühling der Presse“	48
20	21. Juni 1881 – Frankreich: Freiheit der Presse – das Gesetz von 1881 gilt bis heute noch	49
21	8. Mai 1873 – Deutsches Reich: Buchdrucker-Tarifvertrag abgeschlossen	50
22	23. Juni 1894 – Belgien: Fundamente für ein System sozialer Sicherheit werden gelegt	51
23	19. April 1973 – Italien: Die „Hundertfünfzig Stunden“ – eine einzigartige italienische Besonderheit	52
24	10. September 2003 – Großbritannien: Gründung der WSPU – Die soziale und politische Union der Frauen	53
25	1841 – 2017 – Frankreich: Alarmstufe orange für Arbeitnehmerrechte	54
26	22. September 1994 - Europäische Union: Das Institut des Europäischen Betriebsrats wird gesetzlich verankert	55
27	20. Februar 1938 – Schweiz: Das Schweizer Volk beschließt Rätoromanisch als vierte Landessprache.	56
28	1832 – England: Erste öffentliche Waschküchen und Bäder. Hygiene als Thema für eine Wegemarke der sozialen Emanzipation und Partizipation?	57
29	1905 – Finnland: Die Rote Proklamation beschleunigte die Einführung des allgemeinen Wahlrechts.	58
30	3. Mai 1900 – Deutschland: München startet „fachliche obligatorische Fortbildungsschule“	59
		60
		1973 – Finnland: Das Recht auf Kinderbetreuung förderte die Gleichberechtigung auf den Arbeitsmärkten.
		21. Dezember 1848 – Deutschland: Versammlungsfreiheit? – Wichtig!
		1919 – Gründung der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO).
		5. Februar 1919 – Spanien: Durchsetzung des Acht-Stunden-Tages in Spanien.
		5. Oktober 1943 – Malta: Die Geburt der General Workers' Union
		3. Januar 1919 – Polen: 100 Jahre polnische Arbeitsinspektion
		22. Dezember 1921 – Ungarn: Die ungarischen Gewerkschaften zwischen den Weltkriegen
		1. März 1883 – Bulgarien: Die Geburt der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung in Bulgarien
		1. Juni – 1794 – Preussen: Vereinigungsfreiheit – Voraussetzung pluralistischer Gesellschaften.
		29. März 1955 – Dänemark/Deutschland: Anerkennung von Minderheitenrechten
		1872 – Großbritannien: Arbeitsschutz in Bergwerken – Widerstand und Stimme
		24. Oktober 1956 – Schleswig-Holstein: Streik für Lohnfortzahlung im Krankheitsfall
		20. November 1989 – Vereinte Nationen: Kinderrechte sind Menschenrechte
		26. Juli 1833 – Britisches Empire: Der Slavery Abolition Act des britischen Parlaments
		6. Oktober 1820 – Schweiz: Lesegesellschaften – Bildung und Weiterbildung für breite Volksschichten
		21. August 1867 – Großbritannien: Die gesetzliche Schranke des Arbeitstags gilt für alle Bereiche des wirtschaftlichen Lebens
		1. August 1972 – Finnland, Arbeitsschutz in Finnland: Der „Gift-Boycott“ der Maler
		23. März 1948 – Sachsen: Sächsischer Landtag beschließt erstes Gesetz für die Rechte der sorbischen Minderheit.
		6. Juli 1884 – Deutsches Reich: Statt der Armenfürsorge eine Versicherung bei Arbeitsunfall
		1. Juli 1925 – Deutsches Reich: Berufliche Erkrankungen werden Versicherungsfall.
		25. Mai 1864 – Frankreich: Das Koalitions-Verbot wird aus dem Strafgesetzbuch gestrichen
		18. Dezember 1965 – USA: Der 13. Zusatzartikel zur Verfassung tritt in Kraft – Sklaverei wird Unrecht
		23. August bis 3. September 1848 – Deutsche Länder: Gründungskongress der "Allgemeinen deutschen Arbeiter-Verbrüderung"
		29. Juni 1912 – Schweden: Riksdagen verabschiedet das "1912 års lag" - Arbeitsschutz wird Norm
		5. bis 17. Juli 1888 – Großbritannien: Matchgirls und Matchwomen in London streiken erfolgreich und gründen eine Gewerkschaft
		18. Oktober 1961 – Europa: Die Europäische Sozialcharta wird beschlossen
		13. Juni 1890 – Polen: Gründung der ersten Wohnungsbaugenossenschaft in Bydgoszcz
		Januar 1920 – Deutschland: Die „Freie Volkshochschule Hannover-Linden“ wird eröffnet.
		15. Juni 1987– Europäische Union: Rat beschließt Förderung der „Mobilität von Hochschulstudenten“ (ERASMUS) und CEDEFOP: Institutionalisierte Kooperation
		20. Jänner 1923 – Österreich: Sozialer Wohnbau im Roten Wien der Ersten Republik durch Wohnbausteuer finanziert.

2/2022 Rolf Gehring: S. 8 Auf den Weg gebracht! Das Europäische Lieferkettengesetz.

Rolf Gehring: S. 9 Parlamentsbericht zum Arbeitsschutz in Europa.

3/2022 Helmut Scholz: S. 7 Konferenz zur Zukunft Europas – das transnationale demokratische Experiment muss Wirklichkeit werden.

Rüdiger Lötzer: S. 9 Corona und die Folgen: Soziale Sicherungssysteme in der EU weiter mangelhaft.

4/2022 Rüdiger Lötzer: S. 8 Die Kohäsionspolitik der EU – Zusammenhalt in krisenhafter Zeit.

Rolf Gehring: S. 9 Rechtliche Stellung europäischer Betriebsräte soll erheblich gestärkt werden.

5/2022 Nora Schüttpelz: S. 7 Die Zukunft der Kohäsionspolitik in Krisenzeiten.

6/2022 Karin Schüttpelz: S. 7a Die Europäische Union stellt sich geopolitischen Herausforderungen.

Christoph Cornides: S. 7b EU gegen Inflation: mehr Investitionen – weniger Entlastungen von Einkommen und Transferleistungen?

Rolf Gehring: S. 8 Asbest: Kommission legt Richtlinienentwurf und Mitteilung vor.

Rolf Gehring: S. 9 Mindestlohnrichtlinie und Tarifbindung

1/2023 Christoph Cornides, S. 8 Ein neuer EU-Pakt zu Migration und Asyl – wird die Lage der Geflüchteten verbessert?

Eileen Keller, S. 9 Der Elysée-Vertrag ist 60 geworden: Ein richtungsweisendes Dokument bis heute.

2/2023 Christoph Cornides: S. 8 EU und Ukraine.

Rolf Gehring: S. 9 Europaparlament fordert Stärkung der Europäischen Betriebsräte.

Die vielschichtigen politischen Initiativen, und die Rechtsetzung der EU sind mit unseren begrenzten Mitteln nur schwer zu ordnen und zu verfolgen. Auch die komplexe Struktur der Rechtsetzung und der politischen Verfahren, einschließlich der Institutionen und Einrichtungen, die sich im politischen Feld herausgebildet haben, sind nicht leicht zu erfassen, aber doch zum Verständnis der Vorgänge von Belag.

Seit der Aufnahme des Gliederungsteils in die Politischen Berichte haben sich als Schwerpunkte unserer Berichterstattung die Arbeitsbeziehungen, Arbeitnehmerrechte und die Sozialpolitik herausgebildet, dies auch vor dem Hintergrund der Zugänge der beteiligten Autoren. Im Jahr 2021 beobachteten wir auch das Wiederaufbauprogramm der EU mit dem großen Budget Next Generation, verbunden mit dem Blick auf die nationalen Pläne in einigen Mitgliedsstaaten. Hierzu gehört auch die Befassung mit der Kohäsionspolitik, also den großen Strukturfonds der EU (Autorin Nora Schüttpelz in der Ausgabe 5/2022). Auch vor dem Hintergrund des Ukraine-Krieges haben wir begonnen, die Nachbarschaftspolitiken der EU zu untersuchen. Dies soll in den folgenden Ausgaben fortgesetzt werden.

Durch die bestehenden Kontakte in das Europäische Parlament als auch durch eine systematische Beobachtung der Kommissionsplanungen sind wir hier und da durchaus in der Lage, über Gegenstände und Initiativen zu berichten, bevor sie allgemein in der Tagespresse verhandelt werden.

Eine Auseinandersetzung mit der konstitutionellen Weiterent-

PB	Aktionen Initiativen	Wir berichteten	Regionales, Kommunales	Gewerkschaften/Soziales
01/22	Friedenspolitik	<ul style="list-style-type: none"> Hamide Akbayir: Kommunalpolitikerin aus türkischer Haft entlassen Versammlungsgesetz NRW Neue Broschüre zur Bodenpolitik 	<ul style="list-style-type: none"> Kommunale Beratungsstelle gegen Energiearmut nach Wiener Modell Bremen: Projekt „Zappenduster“ und Runder Tisch wirken Vorbild Hannover: Härtefallfonds seit zehn Jahren erfolgreich. Kommunale Politik – Thema: Energiearmut 	<ul style="list-style-type: none"> Tarifbilanz 2021 riders unite – together we fight – Fahrradkuriere wollen Tarifvertrag. Tarifkämpfe Niedrige Monatsentgelte: WSI-Studie zeigt hohen Umfang und starke Differenzierung nach Region und Branche Ostlöhne angleichen – aber wie?
02/22	Friedenspolitik in Kriegszeiten	<ul style="list-style-type: none"> LINKS wirkt: Mehr Maßnahmen gegen Energiearmut Stuttgart 21 – ein Zwischenstand Bremen: Mehr pädagogische Fachkräfte für Schulen in benachteiligten Stadtteilen 	<ul style="list-style-type: none"> Solidarische Aufnahme von Ukraine-Flüchtlingen als Vorbild. Kommunale Aufnahme Geflüchteter stärken. Kommunale Politik – Praktische Hilfen für Geflüchtete 	<ul style="list-style-type: none"> Betriebsratswahlen 2022 Mehr Geld für Leihbeschäftigte Corona-Pandemie und Minijobs IG BAU stimmt Schlichterspruch zum Branchenmindestlohn zu Gewerkschaftliche Solidarität im Zeichen des Angriffskrieges.
03/22	Hohe Energiepreise	<ul style="list-style-type: none"> Landtagswahlergebnis NRW: Schwarz-Grün vertritt nur eine Minderheit Hochhausstopp München 	<ul style="list-style-type: none"> Mecklenburg-Vorpommern: nach beitragsfreier Kita jetzt beitragsfreie Ferienbetreuung Kostenlose Ferienangebote und KVB-Tickets für alle Schüler*innen und Auszubildende: Köln Frühkindliche Bildung in der Krise – Kitaplätze und Erzieher fehlen Kommunale Politik – Bildung inklusiv, nicht exklusiv 	<ul style="list-style-type: none"> Kliniken in NRW: Es wird gestreikt bis zum Tarifvertrag Wie Amazon seine Beschäftigten kontrolliert Bessere Arbeitsbedingungen und Tarife in Europa
04/22	Versorgungskrise: Grundgüter gewährleisten!	<ul style="list-style-type: none"> Corona in Bremen unter Bundesdurchschnitt DGB NRW zum schwarz-grünen Koalitionsvertrag Erfolg nach 77 Streiktagen. 	<ul style="list-style-type: none"> Energiearmut kommunal begegnen! Thüringen: Menschen entlasten! Ein Energiekostenfonds für Düsseldorf: Die Stadt sieht sich nicht als zuständig. 	<ul style="list-style-type: none"> Internationale Arbeitsorganisation verankert Arbeitsschutz als Grundrecht. Mercedes Benz Vitoria-Gasteiz, Spanien – Neuer Tarifvertrag nach neun Tagen Streik. dok: Solidarität mit den italienischen Hafentarifarbeitern! – Kundgebungen vor italienischen Konsulaten. Einstiegsgehälter für Zeitarbeiter steigen.

wicklung der EU haben wir bisher nicht begonnen. Ausnahme ist hier der Beitrag von Helmut Scholz zur Konferenz zur Zukunft Europas in der Ausgabe 3/2022. In diesem Zusammenhang wäre aber schon eine Darstellung und Bezugnahme auf die Verfahren, die Prozesse und den schon vorhandenen rechtlichen Bestand der EU bei der Bearbeitung der konkreten Themen nützlich. Wir könnten hier einen Beitrag leisten, die oft pauschal vorgetragenen Kritiken an der EU in Sachen Demokratiedefizit, neoliberale Orientierung, Lobby der großen Konzerne und ähnlich gearteter in der Linken verbreiteter Kritiken stärker zu versachlichen als auch einen Beitrag für die notwendigen Diskussionen und Auseinandersetzungen um die institutionelle Weiterentwicklung der EU. Sinnvoll scheint es auch, am Beginn einer Ratspräsidentschaft über die Schwerpunkte derselben zu informieren, ebenso über die jährlichen Schwerpunktsetzungen der Europäischen Kommission.

Um etwas an thematischer Breite zu gewinnen, sollten wir schauen, ob wir weitere Autorinnen und Autoren aus unserem Kreis für einzelne Sachgebiete gewinnen können. Ebenso sollten wir weiterhin versuchen, Gastautoren zu gewinnen, die wir zu Diskussionsbeiträgen einladen.

Rolf Gebring / Eva Detscher / Thilo Janssen

Bericht Aktionen, Initiativen / Regionales, Kommunales/ Gewerkschaftliches, Soziales

Aktionen/Initiativen: Der russische Angriffskrieg und seine aktuellen Folgen (Unterbringung Geflüchteter, Inflation, Ener-

giearmut) standen im Fokus. Auch über weitere aktuelle und überörtliche Politik wurde berichtet. Örtliche Konflikte um die Zukunft der städtischen Infrastruktur und Stadtplanung (Radverkehr, Fußgänger, Grünflächen, Klimaresilienz) fehlen. Dabei gibt es dazu in jeder größeren und auch vielen kleineren Städten Auseinandersetzungen und Bürgerinitiativen, die sich teilweise auch gegen die Grünen richten, dort, wo sie in Verantwortung sind. Problem: Viele Initiativen sind nur örtlich aktiv, oft fehlt die überregionale Klammer. Offene Fragen: Was ist interessant auch für Leser in anderen Städten? Wie kann diese Diskussion besser dargestellt werden?

Äußerungen und Aktivitäten rechter Bürgerinitiativen (Reichsbürger, gegen Unterbringung Flüchtlinge, etc.) fehlen. Eine Darstellung wie jetzt als unkommentierte Dokumentation verbietet sich von selbst. Interessant sind solche rechtsextremistischen Aktivitäten dort, wo es Verbindungen zur AfD gibt. Der Frage, wie das aufbereitet und dargestellt werden kann, wird in Zusammenarbeit mit den Seiten „Rechte Provokationen/Demokratische Antworten“ weiter nachgegangen.

Regionales, Kommunales: Auch dort haben wie bei „Aktionen, Initiativen“ der russische Angriffskrieg und die solidarische Bewältigung der Folgen eine große Rolle gespielt. Die Krise der sozialen Infrastruktur wurde in Teilbereichen thematisiert (Bildung und sozialer Wohnungsbau). Außerdem welche konkreten Verbesserungen durch Die Linke in Regierungsverantwortung erreicht werden konnte, bzw. welche Politik Die Linke in den Kommunen vor Ort in der Regel als Opposition dazu entwickelt. Andere Bereiche aus der krisenhaften sozialen Infrastruk-

05/22	Solidarisch durch die Krise!	<ul style="list-style-type: none"> Altschuldenregelung: Bund lässt Kommunen im Regen stehen. 	<ul style="list-style-type: none"> DOK: Mit Vernunft die vor uns liegenden Herausforderungen bewältigen und das Land gerecht gestalten! Lederer, Klaus • Oldenburg, Simone • Ramelow, Bodo • Vogt, Kristina Kommunale Initiativen – Gesundheitspolitik während der Krise 	<ul style="list-style-type: none"> Tarifbilanz 2022 – Reallohnsenkungen europaweit – Erwartungen an die IG Metall. Wie hoch ist der Mindestlohn 2022? Ende der Vertrauensarbeitszeit?
06/22	Sprach-Kita retten!	<ul style="list-style-type: none"> Rostock, wir kümmern uns! – Eva-Maria Kröger. Gut für die Stadt Hamburg: Volksinitiativen verhandeln erfolgreich für eine nachhaltige Mieten- und Bodenpolitik Keine grüne Oberbürgermeisterin in Heidelberg 	<ul style="list-style-type: none"> Statt „heißer Herbst“ kommunale Herausforderungen. Energie, aber fair ... für Thüringen. Diskussionsveranstaltung „Solidarisch durch die Krise“ – Linke Essen will Vernetzung vor Ort fördern. Hamburg. Unter der Losung „Solidarisch aus der Krise“ demonstrierten am 29. Oktober ca. 2500 Menschen Kommunale Initiativen – Solidarisch durch die Krise 	<ul style="list-style-type: none"> Tarifabschlüsse und Transformation Plattformarbeit TikTok hat erstmals einen Betriebsrat Digitale Logistik.
01/23	NSU-Verbrechen ausklären	<ul style="list-style-type: none"> Berufsverbote: Kretschmann bedauert, aber keine Entschuldigung und keine Entschädigung Hessen fördert die Sprach-Kitas weiter Köln: Zwei wichtige Rats-Entscheidungen gegen Energiearmut 	<ul style="list-style-type: none"> 100 Jahre Wohnungskommunismus. „Wohngrundstücke gesichert“. „Das ist ein Riesenschritt“. Kommunale Politik: Sozialer Wohnungsbau Gemeinnütziger Wohnungsbau ist EU-konform 	<ul style="list-style-type: none"> Großbritannien: Streiks für das Recht auf Streik. Tarifentwicklungen EU-Staaten Inflation und Tarifkämpfe 2023 Meldungen aus dem Arbeitsleben
02/23	Migrationspolitik	<ul style="list-style-type: none"> Berufsverbote: Gemeinderat Heidelberg für Rehabilitierung und Entschädigung Strukturhilfen gegen Energiearmut auf Landesebene nutzen. 	<ul style="list-style-type: none"> Krise der Bildungspolitik – Wahlkampfthema in Bremen Kommunale Initiativen – Thema Bildung 	<ul style="list-style-type: none"> Mehr Sicherheit für Plattformbeschäftigte? Klage gegen die Mindestlohnrichtlinie Demonstration für einen Tarifvertrag Gute Streikbeteiligung beim öffentlichen Dienst und der Bahn

tur fehlten ganz, wie z.B. die Pflege. Außerdem fehlten auch hier Berichte zur langfristigen Entwicklung der städtischen und ländlichen Infrastruktur und Stadt/- bzw. Raumplanung.

Es haben 6 Autoren aus dem Bereich Redaktion/Herausgeber geschrieben. Mit Sabine Beckmann, wissenschaftliche Mitarbeiterin Die Linke in der Bürgerschaft Bremen und Janine Rösler, bildungspolitische Sprecherin der Landtagsfraktion Die Linke MV, konnten zudem zwei Autorinnen aus dem Bereich „Die Linke in Regierungsverantwortung“ gewonnen werden. Ähnliche Artikel hat es auch in den Vorjahren gegeben. Das sollte weiterverfolgt werden.

Gewerkschaftliches, Soziales: Ein Schwerpunkt war die Entwicklung bei der Organisierung der prekären und schweren Arbeit in den unteren Lohnbereichen sowie die Weiterentwicklung von Mindestbedingungen und Mindeststandards auf nationaler und europäischer Ebene. Unterentwickelt sind Analysen bzw. Berichte zu gewerkschaftlichen Forderungen und Kämpfen (diese werden im Wesentlichen dokumentiert) sowie zur Entwicklung der gewerkschaftlichen Orientierung innerhalb des „Lohnkörpers“, bzw. wie sich die gewerkschaftliche Organisierung innerhalb der Gehaltsgruppen entwickelt hat.

Es haben 5 Autoren aus dem Bereich Redaktion/Herausgeber geschrieben und es gab diverse Dokumentationen.

Thorsten Jannoff

Bericht über die Entwicklung „Rechte Provokationen – demokratische Antworten“ – Zeitraum 03/2022 bis 02/2023

Einen wesentlichen Teil unserer Berichterstattung widmeten wir der Rechtfertigung des Kriegs von Russland gegen die Ukraine durch die extrem rechten Organisationen in Deutschland und ihrer Übereinstimmung mit der eurasischen Großraum-Vision regierungsnaher russischer Ideologen.

Wichtiger Bestandteil war die Schilderung der neurechten Querfrontpolitik und des Anspruchs faschistischer Organisationen in Deutschland auf Regierungsmacht. (Artikel: 5/22 „Die Neue Rechte und der „heiße Herbst“/ 6/22 „Formiert sich im Osten eine faschistische Bewegung?“)

- Wie können wir eine genauere Analyse der Herrschaftsziele und des Staatsbilds rechtspopulistischer und faschistischer Parteien, vor allem in Europa, erreichen, um fundierter vor ihnen zu warnen?

Um dieses Ziel in unserem letzten Bericht vom 22.4.22 umzusetzen, beobachteten wir rechte Parteien in verschiedenen europäischen Ländern genauer unter der Fragestellung: wie funktioniert die Umsetzung ihrer Programmatik in konkrete Politik? Die Darstellung der dazu erforderlichen Zusammenarbeit mit – oder Druck auf – Regierungsparteien, Koalitionen, Gesetzesinitiativen oder Aufbau von populistischen Bewegungen verdeutlicht besser, welche Art von Gesellschaft und Staat sie sich vorstellen.

Seit 2023 gibt es innerhalb unserer Rubrik dazu den Teil: Rechte Kräfte in der EU – wachsender Einfluss auf Regierungstätigkeit. Bisher wurden dazu Italien, Frankreich, Schweden und Niederlande betrachtet.

Auch zur ultrarechten Politik der Regierungspartei Israels erschien in 2/2023 ein Artikel.

Die Forderungen antirassistischer Initiativen wie der Initiative 19. Februar in Hanau nach Aufdeckung und Anerkennung des staatlichen Versagens bei den Morden haben wir unterstützt und die wichtige Rolle der Linken in parlamentarischen Untersuchungsausschüssen positiv gewürdigt.

Wir dokumentierten Berichte über Antiziganismus bei ukrainischen Kriegsflüchtlingen, und über erfolgreiche Zusammenarbeit mit den Vertretungsorganisationen von Roma und Sinti. Eine Buchbesprechung „Fluchtpunkte der Erinnerung“ zum Verhältnis von Holocaust und Kolonialismus wurde veröffentlicht.

Wie Landesgesetzgebung gegen vielfältige Diskriminierung wirken kann, versuchen wir seit einiger Zeit durch ein Interview zur Einführung und Umsetzung des Berliner Landes-Antidiskriminierungsgesetzes mit einer Abgeordneten der Linken zu realisieren.

Der Beitrag erscheint in der kommenden Ausgabe.

Die Dokumentation von Gedenk-Aktionen und die Auseinandersetzung über die Bewertung von Denkmälern in der Öffentlichkeit spielt in unserem Teil weiterhin eine wichtige Rolle. Stichpunkt: Das Schandmal zu Wittenberg. Auch den gesellschaftlichen Einfluss von Kirche und Religion – emanzipatorisch oder rechts – verfolgen wir weiter.

Die Anzahl der regelmäßig Schreibenden hat sich verstetigt, sie liegt zwischen vier und sieben.

Neu eingeführt wurden im Berichtszeitraum regelmäßige Redaktionstreffen ca. 2 Wochen nach Erscheinen der PB, um die nächste Ausgabe zu planen.

R. Steffens

Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation

Kassenbericht 2022 und Plan 2023

Beschluss des Vorstands vom 29. Januar 2023 (Bericht und Plan korrigiert und aktualisiert nach Hinweis der Kassenprüfung am 26. Februar 2023):

Antrag:

1. Die Mitgliederversammlung billigt den Kassenbericht für das Jahr 2022 und beschließt entsprechend dem Votum der Finanzprüfung die Entlastung des Vorstands.
2. Die Mitgliederversammlung beschließt den Finanzplan für das Jahr 2023.

Erläuterung Kassenbericht

Die Einnahmen im ideellen Bereich lagen im Plan. Die Spenden sind der nicht einzelnen Mitgliedern zuordenbare Teil der Sammelüberweisung von Beiträgen aus Hamburg. Die Einnahmen im wirtschaftlichen Betrieb lagen über Plan, weil die Zahlung für den ArGe-Rundbrief 2021 erst im Jahr 2022 einging. Die

Ausgaben für den ideellen Bereich waren wegen geringerer Kosten für die Vereinstagung kleiner als geplant. Im Gesamtergebnis gab es daher ein Plus von 830,89 Euro, das dem Vereinsvermögen zugeführt wird. Vereinsvermögen: Entsprechend dem Beschluss von Vorstand und Mitgliederversammlung ist der Verein in die Forderungen und Verbindlichkeiten des GNN-Verlags eingetreten. Der Abfluss hierfür betrug im Jahr 2022 742,62 Euro (Notar, Software).

Plan 2023

Ideeller Bereich: Die Mitgliedsbeiträge werden fortgeschrieben, in Erwartung eines geringen Rückgangs. Bei den Ausgaben wird von einer Jahresversammlung in Präsenz (plus Online) ausgegangen mit Räumlichkeiten ähnlich wie im Jahr 2022 und Übernachtungen im Hotel. Für die Vorstandstagungen wird von Online-Tagungen ausgegangen, daher keine Fahrtkosten dafür. Die übrigen Fahrtkosten sind Treffen von Arbeitsgruppen und Teilnahme an Seminaren u.ä. für den Verein. Die Verbindungskosten für Vorstandstagungen (Zoom) enthalten eine

Nachzahlung für 2022.

Geschäftsbetrieb: Bei den Abo-Erlösen wird von leicht sinkenden Abonnementzahlungen ausgegangen. Bei den Ausgaben wird mit gleichbleibenden Druckpreisen gerechnet und drei vom Verein zu finanzierenden Beilagen von 16 bis 20 Seiten (Ist 2022: drei Beilagen mit 24, 20 und 12 Seiten) sowie einem Rundbrief der Linke-ArGe Konkrete Demokratie. Die Portokosten bleiben 2023 stabil. Die Honorare für die Erstellung und redaktionelle Betreuung der Politischen Berichte und Beilagen sind für 2023 vom Vorstand am 17.12.2022 beschlossen worden. Die Ausgaben für Internet enthalten eine Nachzahlung für das Hosting von www.linkekritik.de für 2022.

Vermögensentwicklung: Die Löschung der GNN Verlags GmbH ist am 31.1.2023 vom Amtsgericht im Handelsregister eingetragen worden. Für die Gerichtsgebühren für die Löschung sind im Jahr 2023 500 Euro als Abfluss aus der Rücklage vorgesehen. Der zu erwartende Gesamtverlust von 2.907,00 Euro wird durch Entnahme aus der Rücklage ausgeglichen. Die Rücklage verringert sich dadurch auf 9.902,67 Euro.

Mitgliederentwicklung

Der Verein hat 67 Mitglieder. Im Berichtszeitraum ist ein Mitglied verstorben. Austritte oder Eintritte gab es keine.

Auflagenentwicklung Politische Berichte

Die Politischen Berichte haben zum 1.1.2023 167 Bezieher, davon 24 Frei-/Austauschabonnenten. Die Auflage beträgt 220 Exemplare (178 davon bezahlte). Im Vorjahr waren es 171 Bezieher mit 242 Exemplaren (186 bezahlte).

Alfred Küstler, Schatzmeister

Einnahmen-Überschussrechnung Plan 2023

Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation

A. Ideeller Tätigkeitsbereich	Ist 2022	Plan 2023
1. Einnahmen gesamt	24.672,96 €	23.500,00 €
Beiträge	24.555,72 €	23.382,86 €
Spenden	117,24 €	117,14 €
2. Ausgaben gesamt	-3.868,73 €	-4.732,00 €
Bankgebühren	-268,42 €	-300,00 €
Rechtskosten, Buchhaltung	-298,80 €	-300,00 €
Raumkosten Vereinstagung	-400,00 €	-500,00 €
Technikkosten Vereinstagung	-275,95 €	-300,00 €
Reisekosten Vereinstagung	-1.321,20 €	-1.500,00 €
Übernachtungen Vereinstagung	-895,00 €	-1.000,00 €
sonstige Reisekosten	-409,36 €	-500,00 €
Internet Vorstandstagen	0,00 €	-332,00 €
3. Überschuss/Verlust ideeller Bereich	20.804,23 €	18.768,00 €
B. Wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb	Ist 2022	Plan 2023
1. Einnahmen gesamt	7.887,96 €	7.200,00 €
Abo Politische Berichte	6.831,60 €	6.700,00 €
Beilage ArGe	1.056,36 €	500,00 €
2. Ausgaben gesamt	-27.861,30 €	-28.875,00 €
Druck Politische Berichte	-2.158,47 €	-2.200,00 €
Porto Politische Berichte	-1.690,00 €	-1.600,00 €
Druck Beilagen	-724,19 €	-800,00 €
Honorare Politische Berichte	-23.136,00 €	-23.856,00 €
Software Politische Berichte	-99,00 €	-99,00 €
Internet, Domains u.ä.	-53,64 €	-320,00 €
3. Überschuss/Verlust Geschäftsbetrieb	-19.973,34 €	-21.675,00 €
C. Gesamtergebnis Verein Überschuss/Verlust	Ist 2022	Plan 2023
1. Überschuss / Verlust	830,89 €	-2.907,00 €
D. Entwicklung Vereinsvermögen	Ist 2022	Plan 2023
1. Vortrag Reinvermögen 1.1.	10.616,54 €	11.447,43 €
davon Kassenbestand	24.668,83 €	24.757,10 €
davon Rücklage	-14.052,29 €	-13.309,67 €
2. Kassenbestand per 31.12.	24.757,10 €	21.350,10 €
3. Rücklage 31.12.	-13.309,67 €	-9.902,67 €
Entnahme für Verbindlichkeiten GNN	742,62 €	500,00 €
Verlustausgleich	0,00 €	2.907,00 €
4. Reinvermögen	11.447,43 €	11.447,43 €

Bericht über die Prüfung der Vereinsfinanzen für das Jahr 2022

1. Die Prüfung der Vereinsfinanzen wurde von den gewählten Kassenprüfern Harald Gindra und Bruno Rocker online durchgeführt. Der Onlinezugang stand den Kassenprüfern seit dem 31. Januar 2023 zur Verfügung. Prüfgegenstand war die Einnahmen-Überschussrechnung für das Jahr 2022, endend mit einem Überschuss von 830,89 Euro.

2. Der Online-Zugang erstreckte sich hinsichtlich der Rechnungslegung auf das Journal und die Konten der Buchhaltung sowie auf die Belege zu den Einnahmen und Ausgaben vom

1.1.2022 bis 31.12.2022. Einzelne Buchungen und die jeweiligen Belege wurden stichprobenartig geprüft. Die Buchungen stimmten mit den Belegen überein. Der gebuchte Geldbestand von 24.757,10 Euro stimmt mit dem Bestand laut Kontoauszug der Bank vom 31.12.2022 überein. Es gab keine Beanstandungen. Wir beantragen die Entlastung des Vorstands.

Berlin, 16.3.2023
Harald Gindra / Bruno Rocker

Publikationen https://www.rosalux.de/profil/es_detail/MQUJK9YVMQ/dr-lutz-brangsch/

 <p>Referent Transformation des Staates</p> <p>E-Mail: lutz.brangsch@rosalux.org Telefon: +49 30 44310120 Raum: 6.06 Pressebild</p>	 <p>«LUXEMBURG» ARTIKEL I 12/2022</p> <p>Wer hat die Macht in Russland?</p> <p>Die Eliten und ihre Haltung zum Krieg</p>	 <p>«LUXEMBURG» ARTIKEL I 06/2022</p> <p>Das laute Schweigen</p> <p>Während die Repression gegen Oppositionelle zunimmt, suchen Kriegsgegner*innen nach Formen des...</p>	 <p>«LUXEMBURG» ARTIKEL I 05/2022</p> <p>Unter erschwerten Bedingungen</p> <p>Im Angesicht des Krieges ist eine gemeinsame Linie der zersplitterten Linken in Russland nötiger...</p>	 <p>«LUXEMBURG» ARTIKEL I 09/2021</p> <p>Ein gespaltenes Land</p> <p>Zu den Wahlen in Russland</p>
---	--	---	--	--

Mehr unter „Verzeichnis aller Publikationen“: <https://ifg.rosalux.de/ueber-mich/brangsch-biblio/#all>

Thema: **Wie reflektiert die russische Gesellschaft den Angriff auf die Ukraine? Vortrag und Diskussion mit Lutz Brangsch.** – Vor wenigen Jahren noch unvorstellbar: Wir rufen eine Webseite in russischer Sprache auf und erhalten auf Knopfdruck eine Rohübersetzung. Ein Dialog auf breiter zivilgesellschaftlicher Ebene scheint möglich. Schon klar, Künstliche Intelligenz! Aber sofort werden die Grenzen und Risiken des Verfahrens deutlich: Was ist der Hintergrund der Quellen? Wie passen sie zum Kontext der Ereignisse? Was darf man aus derartigen Meinungsäußerungen folgern oder wenigstens vernünftigerweise vermuten? Die harte Arbeit an der politischen Meinungs- und Willensbildung kann niemand den Einzelnen abnehmen, aber ohne eine kundige Führung durch ein – besonders im politisch-biografischen Horizont der westdeutschen Linken – fernes und fremdes – Gelände wird das nichts. Die auf grundsätzliche Probleme gerichteten Publikationen bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung sind dabei hilfreich. Aber angesichts

des atemberaubenden Tempos der politischen Entwicklung werden zeitnahe Nachrichten über gesellschaftliche Auseinandersetzungen in der Russischen Föderation dringend benötigt.

Dr. Lutz Brangsch, auf unserer Vereinstagung in Mannheim zu Gast (siehe Seite 1, Einladung) setzt sich seit vielen Jahren kontinuierlich mit Publikation und Debatten in der Russischen Föderation auseinander und war so freundlich, uns aktuelle Notizen und Quellenhinweise aus seiner Werkstatt zur Verfügung zu stellen.

Vortrag von und Diskussion mit Lutz Brangsch haben uns Impulse gegeben, dass wir an dem Informations- und Beurteilungsproblem, das in der westdeutsch sozialisierten Linken hinsichtlich gesellschaftlicher Prozesse in der russischen Föderation besteht, nicht nur arbeiten müssen, sondern im Arbeitszusammenhang linker Kritik auch können. *Redaktion Politische Berichte, Bereich Diskussion/Dokumentation, Martin Fochler*

Update Russland – (31.5., Werkstattnotizen, Lutz Brangsch)

Auseinandersetzungen

Generell wird eine Zunahme der Aggressivität in der Gesellschaft festgestellt <https://t.me/russica2/51969>, wobei gleichzeitig gesagt wird, dass sich die Stimmung normalisiere; der Kriegs- und Sanktionsalltag sei normal geworden. Mit anderen Worten – die Situation bleibt stabil, aber die Spaltung der Gesellschaft verändert sich nicht.

Regierungsnahe Beobachter konstatieren eine Zuspitzung der Auseinandersetzungen um die Umweltpolitik auf der regionalen Ebene. Zwar werde die zu keiner Massenbewegung, aber viele Menschen bewege das Thema. <https://t.me/russica2/51928> Zuletzt hatte diese Frage durch ein Gesetzesprojekt, dass den regionalen Behörden erlauben soll, umherstreunende Haustiere (vor allem Hunde) abzuschließen, Auftrieb erhalten. Vor allem mit Blick auf die anstehenden Wahlen wird den regionalen Behörden empfohlen, diesen Fragen mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Immerhin liegt nun eine Entscheidung des Verfassungsgerichtes vor, der zufolge den Kommunen nun die Kosten für die Beseitigung von illegal verklapptem Müll von staatlicher Seite ersetzt werden müssen. <https://www.vedomosti.ru/economics/articles/2023/05/31/977787-ks-poruchil-zakonodatelly-opredelit-poryadok-likvidatsii-svalok> Das mag von außen betrachtet marginal scheinen, zeigt aber auch die Brisanz dieses Aspektes der umweltpolitischen Konflikte. In Baschkirien kam es zu Protesten gegen den geplanten Abbau von Goldvorkommen und gegen die Bearbeitung von Ackerflächen mit Herbiziden gegen den Willen der Bewohner*innen. https://prufy.ru/news/society/137453-kprf_otreklas_ot_protestov_v_zaurale/ Interessant die Rolle der KPRF, deren regionale Führung die Proteste gegen den Goldabbau als Provokation verurteilte und die Beteiligung von kommunistischen Aktivist*innen kritisierte. Man protestiere natürlich gegen Kapitalismus und Oligarchenmacht, aber hier ginge es um Vaterland und Volk...

Die bereits mehrfach reflektierten Auseinandersetzungen bei Lieferdiensten gehen weiter. Bei Wildberries geht es derzeit um die Weigerung des Unternehmens, entsprechend dem geltenden Arbeitsrecht den beschäftigten Scheinselbständigen Arbeitsverträge auszustellen. <https://www.vedomosti.ru/business/articles/2023/05/24/>

976530-wildberries-posle-protestov-prodavtsov-obvinil Welche politische Dimension dahintersteht, zeigt sich in den Reaktionen auf einen Arbeitskampf bei UAZ, ein Unternehmen, das auch Rüstungsgüter (Kfz) herstellt. Der Streik für bessere Löhne wird von Unternehmensführung und staatlichen Stellen nun als Sabotage diskreditiert und es drohen entsprechende Strafen für die Streikenden. https://t.me/rsd_tg/5140

Opposition

Nachdem bereits am 9. Mai prominente Linke in „Thesen für die Zukunft“ die Vereinigung aller „gesunden Kräfte der Gesellschaft“ gefordert haben, fand am 18. Mai eine Beratung von sich links-sozialdemokratisch verstehenden Organisationen (Jabloko, Linke Sozialistische Aktion, Russländische Sozialdemokratische Union der Jugend, Sozialdemokraten Russlands) in St. Petersburg statt. <https://t.me/levsd/2372> Nähere Angaben zur Diskussion wurden aus Sicherheitsgründen nicht gemacht, aber eine weitgehende Übereinstimmung der Positionen betont.

Im Rahmen des wiederbelebten „Klubs der Sozialdemokraten“ trafen sich auch aus diesem Spektrum Ende des Monats Interessent*innen an einer Wiederbelebung ihrer Richtung. https://www.ng.ru/politics/2023-05-29/3_8735_socialdemocrat.html Auch hier geht es um die Vereinigung der Kräfte. Ein wichtiges Ziel ist mit dem Blick auf die Wiederherstellung der Beziehungen Russlands zum Westen die Aufnahme von Kontakten zur Sozialistischen Internationale. Auch sollten potenzielle Partner im Westen kontaktiert werden.

Wahlen

In der Presse wird vermerkt, dass der Präsident den Zyklus seiner Treffen mit den Gouverneuren beendet habe. <https://www.kommersant.ru/doc/5999185> Der Wahlkampf beginnt Mitte Juni.

In diesen Kontext dürfte auch gehören, dass nun Experten der Regierung die Nutzer*innenorientierung der Verwaltungen bewerten – in der Hälfte der untersuchten Verwaltungen sei das Thema angekommen. <https://www.kommersant.ru/doc/5999139>

Anhaltendes Interesse findet weiter die Rolle von Einiges Russ-

land bei der Erneuerung der Eliten. <https://t.me/russica2/51968> Immer wieder wird darauf hingewiesen, dass der Anteil von Neueinsteiger*innen unter den aufgestellten Kandidat*innen für die bevorstehenden Wahlen hoch ist. Bisherige Mandatsträger*innen werden entweder im Staatsapparat untergebracht, in höhere Gremien gelobt oder schlichtweg fallen gelassen.

Des Weiteren werden verschiedene Wege der „Vorwahlmanipulation“ ausprobiert. So wird von Versuchen von ER berichtet, über den Staatsapparat auf Zusammensetzung der Wahlkommissionen Einfluss zu nehmen, um unliebsame Beobachter*innen fernzuhalten. <https://www.kommersant.ru/doc/6013394> Im Bezirk Primorje (im äußersten Osten, Zentrum Wladiwostok) erwägt die KPRF deshalb, die Gouverneurswahlen zu boykottieren. Eine Gruppe von Abgeordneten der Duma will per Gesetz die unabhängige Wahlbeobachtung überhaupt abschaffen <https://t.me/rusbrief/118046>

Angesichts der völligen Ausschaltung der Opposition wird die Wahlbeteiligung das entscheidende politische Signal sein.

Rechtsunsicherheit und Repression

Das St. Petersburger juristische Forum Mitte Mai thematisierte die zunehmend prekäre Lage der Anwälte. <https://t.me/rusbrief/117197> Sie könnten immer weniger ihre Rolle als Vertreter*innen der Beschuldigten wahrnehmen, teilweise werde ihnen Druck auf sie ausgeübt. Teilweise würden Beweismittel verfälscht. <https://t.me/femagainstar/8054> Die Anwälte fordern, so ein Bericht, die „Verteidigung der Verteidiger*innen“. https://www.ng.ru/politics/2023-05-14/1_8722_advocacy.html

An anderer Stelle wird eine wachsende Zahl von Denunziationen konstatiert. <https://t.me/rusbrief/117193> Dabei reicht etwa das Lesen eines Buches in ukrainischer Sprache aus, um Gegenstand von „Befragungen“ bei den Sicherheitsbehörden zu werden. Verschärft wurden die Strafen für Hochverrat <https://t.me/nevoina2/51> und die Terrorismusinterpretation wird allmählich auf immer mehr Formen von Protest ausgeweitet. <https://t.me/doxajournal/29189>

Hart bleibt das Vorgehen gegen Wehrdienstverweigerer. So sollen künftig Personen, die Wehrdienstverweigerer anstellen, bestraft werden. <https://t.me/vekonomikevshorosh/5279> Auch die Zusammenarbeit mit Inoagency soll stärker sanktioniert werden. <https://www.vedomosti.ru/society/articles/2023/05/29/977342-zakonoproekt-otkazanii-za-pomosch-inoagentam>

Flankierend wurde die Möglichkeit der Einziehung von Reisepässen erweitert. <https://www.vedomosti.ru/society/articles/2023/05/24/976543-gosduma-prinyala-zakon-ob-izyatii-zagranpasportov>

In der Gesamtschau bestätigen sich drei Achsen der Repression, auf die sich die Sicherheitsorgane vor allem stützen – der Vorwurf

„Rüstungskontrolle – Rüstungsbegrenzung – Abrüstung“ – Diskussion mit Paul Schäfer

Wie auch schon bei der Vereinstagung 2022 hatten wir – dieses Mal online zugeschaltet – Paul Schäfer zu Gast. In einem einleitenden und instruktiven Beitrag erläuterte er seine Positionen, Fragen und Vorstellungen zu Themen, an denen er schon sehr lange arbeitet. Aufgrund der aktuellen Veränderungen der Perspektiven auf friedliches Zusammenleben der Staaten in direktem Zusammenhang mit Europa und Deutschland ist seine Expertise und Erfahrung eine sehr ergiebige Quelle von Sachkenntnis, Kenntnis der Möglichkeiten in den gesellschaftlichen Organen und Institutionen wie auch in der Partei die Linke. Viele seiner Gedanken können nachgelesen werden: Paul Schäfer pflegt eine Internetseite: <https://www.paulschaefer.info>.

Entsprechend lebhaft verlief die Diskussion, in welcher Impulse gesucht wurden für unsere Publikations- und Bildungsarbeit. Für den zugegebenermaßen bescheidenen Beitrag, den wir im Konzert der Meinungsbildung leisten können, ist die Diskussion um die Richtung unserer Zusammenarbeit für die Politischen Berichte und in Sachen Arbeit am sachlichen Objekt immer

der Verbreitung von Falschnachrichten über die Streitkräfte, die Erklärung unerwünschter Personen zu Inoagency (ausländischen Agenten) <https://www.kommersant.ru/doc/5987148> und der Vorwurf der LGBT-Propaganda. Gerade wurde ein Fall bekannt, in dem ein Verweis auf die sexuelle Orientierung auf einer Dating-Plattform als LGBT-Propaganda eingestuft wurde. <https://t.me/femagainstar/8359> Geplant ist ein Gesetz, dass die Veränderung des Geschlechtseintrages im Pass verbietet. https://t.me/rian_ru/202306

Ökonomie und Unternehmer*innentum

Seit einigen Monaten sind wachsende Bemühungen der Regierung um die Nutzung der ökonomischen Potentiale kleiner und mittlerer Unternehmen zu beobachten. Diese Bemühungen sind eingebettet in die bereits mehrfach thematisierte Veränderung des Verhältnisses von Unternehmer*innentum und Staat. Zuerst stand die „Entkriminalisierung“ unternehmerischer Tätigkeit im Mittelpunkt; d.h. die Milderung von Sanktionen bei Rechtsverstößen durch Unternehmen und z.T. ihre Entfernung aus dem Strafgesetzbuch. Trotzdem stieg die Zahl der Ordnungsstrafen im letzten Jahr deutlich an. <https://www.kommersant.ru/doc/6013971> Offensichtlich haben diese Bemühungen um die schnelle Entwicklung von KMU als innovationsfähigem Sektors und wichtiger Faktor der Importablösung nicht die erhofften Effekte gebracht – was freilich auch in so kurzer Zeit nicht zu erwarten war. Bisher überleben offensichtlich viele dieser Unternehmen vor allem durch staatliche Förderungen (einschließlich der von „Ich-AG“-artigen Mikrounternehmen) verschiedener Art. <https://www.kommersant.ru/doc/6013321>

Auf der anderen Seite wird erwartet, dass im Bankensektor ein großer Teil der kleinen und mittleren Unternehmen wegen technischen Rückstandes verschwinden werden. <https://www.vedomosti.ru/finance/articles/2023/05/23/976336-bolshe-polovini-malih-srednih-bankov-mozhet-ischeznut>

Gleichzeitig wird auf der höheren Ebene die Diskussion zu Privatisierungen https://www.ng.ru/economics/2023-05-14/1_8722_russia1.html sowie zum Instrument der PPP <https://rg.ru/2023/05/14/ustroimkurort.html> fortgesetzt.

Die Wirtschaftspolitik vermittelt nicht den Eindruck, dass das Land im Krieg steht. Der „kriegswirtschaftliche Sektor“ kommt in den Medien praktisch nicht vor. Bisher gelingt es, durch die Kombination von selektiver Repression (Fake-News-Beschuldigung, Inoagency, LGBT), sozialen Leistungen und konservativer Propagandaoffensive die Widersprüche in der Gesellschaft unter Kontrolle zu halten – wobei die empfundene steigende Aggressivität (s.o.) auf mögliche Probleme hinweist. Wenn der Befund steigender Aggressivität stimmt, sollte dies aber nicht mit einer Mobilisierung gegen den Krieg verwechselt werden.

wieder Quelle von neuen Erkenntnissen über die einschlägigen Zusammenhänge. In der Zusammenarbeit, zum Beispiel auch mit der ArGe, entwickeln wir dafür den Rahmen.

Im Folgenden wird versucht, einige der Gesichtspunkte aus der Diskussion, die für unsere Möglichkeiten von Belang sind, zu notieren.

Minimalforderungen. Basierend auf den eindeutigen Beschlüssen der UN-Vollversammlung und der Zustimmung durch die große Mehrheit der Staaten der Welt sollte für jeden, der sich dem Völkerrecht verpflichtet sieht, auf Wiederherstellung der ukrainischen territorialen Integrität zu bestehen. Das heißt konkret:

Russland muss seine Truppen zurückziehen. Die territoriale Integrität der Ukraine ist wiederherzustellen. Die Annexionen sind null und nichtig. Und: die Verbrechen, die in diesem Krieg begangen werden, müssen verfolgt werden.



NEUE TEXTE

Wie der Krieg gegen die Ukraine beendet werden kann. Für ein Sonderheft der Zeitschrift «Vorgänge» (hrsgg. von der Humanistischen Union) habe ich einen Beitrag verfasst, der sich eingehender mit der Frage einer diplomatischen Lösung des Krieges gegen die Ukraine – Bedingungen, Voraussetzungen, Verhandlungsvorschläge – befasst.

„Die Johnson-Legende – wie der Westen angeblich den Frieden verhinderte“. Meinen Beitrag „Die Johnson-Legende – ...“ habe ich geringfügig überarbeitet und ergänzt. Eine leicht gekürzte Fassung erscheint in der April-Ausgabe der Blätter für deutsche und internationale Politik. > Zum Artikel

Artikel in «Blätter für deutsche und internationale Politik». Die «Blätter für deutsche und internationale Politik» haben in ihrer Ausgabe 2/23, S. 55-62 einen Beitrag von mir veröffentlicht: «Ein Jahr russischer Angriffskrieg: Das Elend der linken Legenden.» Ich habe diesen Text überarbeitet und besonders um die Aspekte KSE-Vertrag, Nato-Russland-Grundakte, konventionelle Streitkräfte ergänzt. Die Rosa Luxemburg Stiftung hat diesen Text wiederum unter der Überschrift: «Legenden und Tatsachen. Zur Vorgeschichte des Krieges gegen die Ukraine» ins Netz gestellt.

Die Wahrheit als Opfer des Krieges. Kriegszeiten sind auch Zeiten propagandistischer Lügen, der Gerüchte, grundloser Behauptungen. So hat Wladimir Putin öffentlich behauptet, dass ein unterschrittsreifer Friedensvertrag, der bei den Gesprächen in Istanbul Anfang April vorgelegen habe, durch westliche Intervention verhindert worden sei. Dies sei bei dem Besuch Boris Johnsons am 5. April in Kiew geschehen. Dieses Gerücht ist in verschiedenen Medien aufgetaucht.

Es wird gerne von den Kreisen propagiert, die überhaupt der Meinung sind, dass der Westen (Nato, USA etc.) die Hauptschuld am Krieg in der Ukraine trage. Eine genauere Recherche zeigt, was davon zu halten ist.

Reflexionen über den Krieg gegen die Ukraine und Möglichkeiten seiner Beendigung. Seit Monaten dauert der schreckliche Krieg im Osten Europas jetzt an, ein Ende ist nicht in Sicht. Eine intensive Beschäftigung mit dem Krieg, seinen Ursachen, seinen Auswirkungen und den daraus zu ziehenden Konsequenzen ist weiter bitter notwendig. Mein Versuch einer Einordnung, um den Krieg verstehen zu können.

Update 22.1.2023: Diesen Text habe ich überarbeitet, ergänzt und aktualisiert. Dabei habe ich eine Menge Hinweise, die mir aufmerksame und sachkundige Zeitgenoss*innen zugesandt haben, aufnehmen können. Die Veränderungen betreffen v.a. die Abschnitte IV und V des Textes. Insofern lohnt es sich ggf. auch für Menschen, die den alten Text kennen, mal reinzuschauen. Ich bin weiter an kritischen Kommentaren und Argumenten interessiert.

Die Debatte über die nukleare Teilhabe Deutschlands fortsetzen! Die Drohungen des russischen Präsidenten Putins, unter Umständen Atomwaffen im Krieg gegen die Ukraine einzusetzen, zeigen, dass die Welt vielleicht mehr denn je am Abgrund globaler Selbstzerstörung wandelt. Die Dringlichkeit nuklearer Rüstungskontrolle und Abrüstung wird dadurch einmal mehr belegt. Im folgenden Text, der die Grundlage für einen Input auf der Herbsttagung des Willy-Brandt-Kreises bildete, wird besonders die Frage erörtert, ob Deutschland aus der nuklearen Teilhabe aussteigen sollte.

<http://www.paulschaefer.info/index.html>, **Direktlinks zu den Artikeln ebd.**

Transparenz und Meinungsfreiheit. Als Linke sollte unsere Interventionsfront auf Transparenz und Meinungsfreiheit gehen, weil wir uns dann auf ein Element des modernen Krieges einlassen, das neu ist, nämlich die ungeheure Nachrichtenflut an allen Ecken und Enden und die verschiedenen Formen. Sich einlassen auf die Auseinandersetzung mit den verschiedenen Formen der kriegsrechtlichen und vorkriegsrechtlichen Gleichschaltung der Medien, Gleichschaltung des Informationsflusses und dergleichen. Das ist auch wichtig bei dem Punkt kritische Solidarität mit der Ukraine, diese macht die Beobachtung des Kriegsgeschehens verhältnismäßig offen und vor der internationalen Öffentlichkeit möglich.

Linke Demokraten in den USA. Offensichtlich beziehen linke Demokraten in den USA eine ziemlich eindeutige Position, was den Krieg gegen die Ukraine anbelangt: sie sind gegen die russische Aggression, für Solidarität mit der Ukraine einschließlich Waffenlieferung. Sie fordern im gleichen Atemzug die eigene Regierung auf, keine Politik der korrupten Standards verfolgt. Das ist klug; sowohl nach rückwärts gerichtet eine Fundamentalkritik an der amerikanischen Politik als auch nach vorne ein Stoppschild. – Dieser inneramerikanischen Debatte wollen wir nachsteigen und darüber berichten.

Zivile Unterstützung. Auf kommunaler Ebene bestehen 137 Partnerschaften mit ukrainischen Städten, da geht es um alle Bereiche des Lebens und der Gesellschaft. Da werden Unterstützungsleistungen erbracht und gegenseitiges Kennenlernen von Abläufen, Austausch von Verwaltungsmitarbeitern, Zusammenarbeit von Universitäten und vieles mehr.

Linke Militärpolitik. Der Unterschied zwischen dem Soldateneid und dem Beamteneid ist signifikant:

Soldaten: „Ich schwöre, der Bundesrepublik Deutschland treu zu dienen und das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen, so wahr mir Gott helfe.“ (§ 9 Soldatengesetz, Eidesformel für Berufssoldaten und Soldaten auf Zeit)

Beamte: „Ich schwöre, das Grundgesetz und alle in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Gesetze zu wahren und meine Amtspflichten gewissenhaft zu erfüllen, so wahr mir Gott helfe.“

Beamte sind auf die konkreten Normen des Grundgesetzes verpflichtet, Soldaten auf die Nation und ausdrücklich nicht auf konkrete Rechtsnormen, sondern darauf, was vom politischen Willen der Befehlsgewalt als Recht definiert wird. Die Struktur der Verpflichtungen ist für das Handeln in Kommandoketten aber von folgenschwerer Bedeutung. Und insbesondere im Zusammenhang mit den Diskussionen um die europäische Sicherheitsstrategie wird spannend, worauf die Menschen, die diese Sicherheitsstrategie dann zu erfüllen haben, verpflichtet werden sollen.

Auch Soldaten sollten das Gelöbnis bzw. eine Erklärung abgeben, dass sie an Recht und Gesetz gebunden sind, weiter gefasst: auch an internationales Recht. Sie müssen sich fragen (dürfen), ob es rechtens ist, was sie zu tun haben. Dies ist Bestandteil einer linken Militärpolitik, und erst recht, wenn diese auf europäische Ebene angehoben ist.

Berichterstattung: Eva Detscher, Karlsruhe